

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band 63

Steuerpolitik und Gesellschaft

Vergleichende Untersuchungen
zu Preußen und Baden 1815 – 1848

Von

Rosemarie Siegert



Duncker & Humblot · Berlin

ROSEMARIE SIEGERT

Steuerpolitik und Gesellschaft

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

In Verbindung mit Rainer Fremdling,
Carl-Ludwig Holtfrerich, Hartmut Kaelble und Herbert Matis
herausgegeben von Wolfram Fischer

Band 63

Steuerpolitik und Gesellschaft

Vergleichende Untersuchungen
zu Preußen und Baden 1815 – 1848

Von

Rosemarie Siegert



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Siegert, Rosemarie:

Steuerpolitik und Gesellschaft : vergleichende Untersuchungen
zu Preußen und Baden 1815 – 1848 / Rosemarie Siegert. –
Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte ; Bd. 63)

Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1999

ISBN 3-428-10035-2

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0588
ISBN 3-428-10035-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Die Anregung zu dieser vergleichenden Auseinandersetzung mit der Thematik Steuerpolitik im frühen 19. Jahrhundert verdanke ich Herrn Prof. Dr. J. Kocka, meinem Erstgutachter. Das Interesse an Besteuerung, ihren vielfarbigen historischen Erscheinungsformen und tiefgreifenden sozioökonomischen Wirkungen rührte bereits aus meiner Studienzeit her.

Ich danke Herrn Prof. Dr. Kocka sehr für seine geduldige jahrelange Begleitung und vielfältige kritisch-impulsgebende Unterstützung meiner Arbeit, die neben beruflichen und familiären Aufgaben entstand. Meinem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. W. Fischer, verdanke ich wertvolle Hinweise und sachkundigen Rat.

Die Leiterin der Bad Oeynhausener Stadtbibliothek, Frau C. Lindhorst-Braun, war mir außerordentlich behilflich bei der Beschaffung der benötigten Sachliteratur vor allem des frühen 19. Jahrhunderts.

Mein Mann hat mich in jeder Hinsicht gestützt und ermutigt. Ihm widme ich diese Arbeit.

Bad Oeynhausen, im Juni 1999

Rosemarie Siegert

Inhalt

I. Einblick und Überblick	21
1. Untersuchungsgegenstände, historischer Rahmen, Fragestellungen und Vorgehensweise	21
a) Untersuchungszeitraum	21
b) Untersuchungsgegenstände	21
c) Wahl der Vergleichsstaaten	22
d) Fragestellungen	23
e) Literatur	25
f) Vorgehen	26
g) Schwierigkeiten	28
2. Frankreich – altes Erbe und neue Prinzipien	29
a) Frankreich: Abgaben des Ancien Régime und objektive Ertragsbesteuerung	30
b) Frankreich 1789: Das Steuervorbild	32
3. England: ‚Die verfrühte Neuerung‘ – Einkommensteuer	34
4. Wirksame Wirtschafts- und Besteuerungstheorien in Deutschland	35
a) Smiths Wirtschafts- und Steuerpostulate	36
b) Smiths Entwurf eines Steuersystems	37
c) Smiths ‚klassische‘ Steuermaximen	38
d) Die Fortentwicklung der Ertragbesteuerungsidee in Deutschland	39
e) Die Frage der Steuergerechtigkeit	40
f) Einkommensermittlung – unerlaubter Vorstoß in die Privatsphäre?	42
5. Resümee und Ausblick	43
II. Die Vergleichsstaaten Preußen und Baden	45
1. Territoriale Zuwächse und Neugliederung in Preußen	45
2. Territoriale Zuwächse und Neugliederung in Baden	47

3. Land und Stadt in Baden und Preußen	48
4. Feudal- und Herrenrechte	53
5. Verfassungsfragen: Die badische Situation	54
a) Landtag und Haushaltsrecht in Baden	56
6. Verfassungsfragen: Die preußische Situation	57
a) Die Einrichtung der preußischen Provinziallandtage	58
b) Innere Organisation und Verhandlungsrecht der preußischen Provinziallandtage	59
7. Resümee	60
8. Behördenwandel in Baden	61
a) Badische Ministerialorganisation seit 1808 und Neuerungen im Behördenmittelbau	61
b) Badische Organisation der Steuereinnahme	63
c) Badische Konstitutionalisierung der Finanzverfassung	65
9. Behördenwandel in Preußen	66
a) Preußischer Übergang zu Fachministerien seit 1808	68
b) Preußische Organisation der Steuereinnahme	69
10. Steuereinkünfte in Preußen und Baden	71
11. Haushaltspolitik und Staatssteuervolumen der Vergleichsstaaten (1820–1850)	74
a) Trends der Haushaltspolitik in Preußen und Baden	74
b) Ertragsentwicklung der preußischen und badischen Staatssteuern innerhalb der Einnahmehaushalte	76
III. Staatssteuerreform in Preußen und Baden	82
1. Der preußische Reformanlauf 1810–1812	82
a) Preußisches Steuersystem im Ancien Régime	82
b) Staats- und Finanzmisere von 1807	84
c) Aufbruch in die Steuerreform	85
d) Schwerpunkte des Finanzedikts von 1810: Konsumtions- und Gewerbesteuer	86

Inhalt	9
e) Fehlschläge und finanzielle Lücken	87
f) Ein erster landesweiter Versuch: Einkommensteuer	89
g) ‚Heiße Eisen‘: Grundsteuerreform und Repräsentation	91
2. Baden: Neugestaltung der Steuerwirtschaft	93
a) Integrations- und Modernisierungsbemühungen im neuen Großherzogtum	93
b) Badische Steuervielfalt im Ancien Régime	93
c) 1808: Die Finanzreform als Wendepunkt	95
d) Der Beginn der Steuerreform	97
e) Durchsetzung öffentlicher Finanzgewalt und Entprivilegierung des Steuerwesens	99
f) Die Haushaltslage während der Steuerreform	99
g) 1814/ 15: Die hastige Inkraftsetzung der ‚Dreiheit‘	101
h) Besonderheiten des badischen Abgabensystems	102
3. Preußen: Reformersische Nacharbeit 1817–1820	103
a) Klärungen im Vorfeld: Neue indirekte Steuern	103
b) Die Gesetzentwürfe in der allgemeinen Sachdiskussion der Steuerkommission	106
c) Kritik am Mahl- und Schlachtsteuerentwurf	108
d) Staatsbedarf, Schuldenwesen und Provinziallasten in Relation zu den Steuereinnahmen	109
e) Vorweg abgefertigt: Zollgesetzgebung und Getränkesteuern	110
f) Streitpunkt: Staatshaushaltsplan als Rahmen der Steuerreform	111
g) Wende: Eine direkte Steuer als Favorit	112
h) Ohne Staatsratsmitwirkung entwickelt: Staatsschuldengesetz und -haushaltsplan	113
i) Beschleunigter Reformabschluß mit Unbehagen	114
4. Resümee	115
IV. Staatsbesteuerung in Land und Stadt	119
1. Preußen: ‚Die Verlegenheit wegen der Grundsteuern‘	119
a) Die gespaltene Grundsteuersituation und die Regelungen des 1820er Abgabengesetzes	119
b) Katastrierung in Rheinpreußen und Westfalen	121

c)	Das rheinisch-westfälische Grundsteuergesetz im Umriß	121
aa)	Die integrierte Gebäudesteuer	123
bb)	Schwächen des westlichen Grundsteuergesetzes	124
d)	Uneinheitliche Grundsteuerverfassungen im übrigen Preußen	124
e)	Ritterliche Grundsteuerprivilegien und interprovinzielle Steuerungleichheit	126
f)	Das Problem der städtischen Grundsteuern, Gerichtskosten und gleichmäßigen Kommunalbesteuerung	130
g)	Warum blieb die Grundsteuer-Reform stecken?	131
2.	Die preußische Klassensteuer – das fatale Mittelding	134
a)	Die ländliche Hauptsteuer im Umriß	134
b)	Klassensteuer-Exemtionen	136
c)	Steuervollzug	137
d)	Frühe Schwierigkeiten und Gesetzesänderungen	137
e)	Die Aufweichung des Klassenkonzepts in der Rheinprovinz	141
f)	Provinzielles und gesamtstaatliches Klassensteueraufkommen	144
g)	Verborgene erhebliche Klassensteuerpotentiale	145
h)	Sozialstruktur der Steuernden und Steueraufkommen nach Klassen	146
aa)	Die unteren Steuerklassen	147
bb)	Die oberen Steuerklassen	149
cc)	Bäuerliche Steuerträger	150
i)	Die (Klassen)-Steuerkrise der 40er	153
j)	Die Frage nach der Steuerfähigkeit der Unterschichten	155
3.	Die preußische Mahl- und Schlachtsteuer im Kreuzfeuer	157
a)	Für und Wider	158
b)	Alltagsbedeutung und Steuerabwicklung	161
c)	Steuerungsbetrug und Steuerbetrug	162
d)	Getreidekonsum und Brotverzehr	164
e)	Fleisch- und Fettkonsum	165
f)	Steuerbelastung	166
g)	Befürchtete Folgen dieser Verbrauchsteuer	167

h) Was bringt die Streichung der Steuer?	168
i) Verteidiger der Mahl- und Schlachtsteuer	169
4. Die preußische Gewerbesteuer – der unternehmerfreundliche Appendix	170
a) Unterschiede zum Vorläufergesetz und grundlegende Züge	170
b) Das Gewerbesteuergesetz im Umriß	172
aa) Fabriken, industrielle Mühlen	175
bb) Freie Berufe	175
c) Die Steuergesellschaften	176
d) Allgemeine Ertragsentwicklung und provinzielles Aufkommen	178
e) Appendixcharakter und Gerechtigkeitsaspekt	179
5. Die schwerfällige badische Dreiheit	183
6. Die badische Grundsteuer	186
a) Das Grundsteuergesetz im Überblick	186
b) Schwierigkeiten bei der Steuer-Erstanlage	190
c) Katasterpflege und Grundlastenfragen	191
d) Ländliche Bevölkerung und Grundsteuerklassen	192
e) Steuerlast und steuerliche Leistungsfähigkeit	193
f) Zeitgenössische und spätere Kritik an der Grundsteuerordnung	194
7. Die schwerfällige badische Dreiheit: Die Häusersteuer	197
a) Das Häusersteuergesetz im Umriß	197
b) Zeitgenössische Kritik am Gesetz	198
c) Resümee: Kontraste und Ähnlichkeiten der badischen und preußischen Grundsteuer	199
8. Die schwerfällige badische Dreiheit: Die Gewerbesteuer	201
a) Das Gewerbesteuergesetz im Umriß	201
b) Gewerbebegriff und Streuung der Gewerbetreibenden in den Klassen	205
c) Steuerfreilassungen	208
d) Steuerlastbeispiele und Entlastungspetitionen	210
e) Zeitgenössische Kritik am Gesetz und behördliche Reaktionen	211
f) Die Entwicklung des Gewerbesteuerkapitals	213
g) Staatseinnahmen aus der Gewerbesteuer und Resümee	214

9. Die ‚höhere‘ Vollkommenheit der badischen Klassensteuer	217
a) Das Klassensteuergesetz im Umriß	217
b) Zur Belastung der steuerlichen Zielgruppe	219
c) Das Ergänzungsgesetz von 1837	220
d) Beispiele: Gehobene Beamtengehälter und Steuerbelastung seit 1837	222
e) Klassensteuer-Aufkommensentwicklung	224
f) Die Anteile der Steuerklassen am Gesamtaufkommen der Klassensteuer	224
g) Exkurs: Badische und preußische Schullehrer – unterste Personalsteuer-	
kontribuenten	227
h) Resümee: Personalbesteuerung in den Vergleichsstaaten	238
10. Die ‚geräuschlosen‘ Indirekten in Preußen und Baden	240
a) Die preußischen Verbrauchsteuern auf ‚inländische Erzeugnisse‘ (1819) .	242
aa) Die Branntweinsteuer	242
bb) Die Biersteuer	245
cc) Die Weinmoststeuer	246
dd) Die Tabaksteuer	248
b) Die badischen Verbrauch- und Erzeugersteuern (1812)	250
aa) Die Weinsteuer	252
bb) Die Biersteuer	253
cc) Die Branntweinsteuer	255
dd) Die Schlachtviehsteuer	256
ee) Akzisen oder Aversalzahlung?	259
c) Die Salzsteuer Preußens und Badens	261
aa) Staatseinnahmen durch das Salz	263
bb) „Das kleine Baden beschämt uns“	264
11. Behördeneifer und Steuermoral: ‚Am Geldbeutel hört die Gemütlichkeit auf‘	265
a) Reelle Steuerentrichtung – eine Ehrensache?	265
b) Steuererhebung und Steuerpersonal	270
c) Ärger über amtliche Vorschriften und Kontrollen	271
d) Rechtswidrigkeiten auf beiden Seiten	275
e) Unstimmigkeiten bei der Katastererstellung	278
f) Rechtsverfolgung fiskalischer Delikte	279

Inhalt	13
V. Kommunale Lasten – Kommunale Revenuen	282
1. Neue Kommunalverfassungen in Preußen und Baden	288
a) Die preußische Städteordnung von 1808	288
b) Die besonderen badischen Verhältnisse und die Badische Gemeindeordnung von 1831	290
c) Die preußische Revidierte Städteordnung von 1831	292
2. Die Organisation der Gemeindefinanzierung	294
a) Gemeindefinanzierung in Baden	294
b) Gemeindefinanzierung in Preußen	298
3. Haushaltsanforderungen und Deckungsbemühungen	301
a) Allgemein wachsender Mittelbedarf	302
b) Das Großproblem der Armenfinanzierung	305
c) Schulfinanzierung	311
d) Kommunale Schulden	313
e) Finanzierung kommunalen Straßenbaus	316
f) Kreis- und Provinzialnebensteuern	317
g) Kommunalsteuerbefreiungen und -belastungen	318
aa) Staatsbeamte in Preußen	318
bb) Schutzverwandte in Preußen	319
cc) Staatsbeamte, Ortsgeistliche und Lehrer in Baden	320
dd) Fabrikbesitzer in Baden	320
4. Soziale Gemeinde-Steuerpolitik in Preußen	321
a) Die Berücksichtigung ‚persönlicher Verhältnisse‘ in der preußischen Kommunalbesteuerung	321
b) Der Vergleich mit Baden	324
5. Kommunale Lasten – Kommunale Revenuen: Resümee	325
VI. Steuerleistung, politische Mitwirkung und Soziale Frage	328
1. Wahlrecht und Steuerleistung in den Vergleichsstaaten	329
a) Steuerleistungs- und Verfassungsfragen	329
aa) Baden	330
bb) Preußen	334
b) Der ‚Fall Rheinland‘: Kommunale Dreiklassen-Wahl	336

c) Pluralstimmrecht für den Gesamtstaat	340
d) Resümee	344
2. K. Mathy / Baden, D. Hansemann / Preußen – zwei einflußreiche Liberale zu sozialer Frage und Besteuerung	345
a) Zum liberalen Umfeld in Baden und Preußen	345
b) Karl Mathy / Baden (1806 – 1868)	348
aa) Resümee	352
c) David Hansemann / Preußen (1790 – 1864)	353
aa) Resümee	357
VII. Steuerliche Impulse im Sog der 48er Revolution	359
1. Das preußische Einkommensteuerprojekt im Vereinigten Landtag von 1847	359
a) Zur innenpolitischen Situation	359
b) Zusammensetzung und Kompetenzen des Ersten Vereinigten Landtags ...	359
c) Zu Entstehungssituation und Motiven für den Steuerentwurf	360
d) Der Gesetzentwurf in seinen wesentlichen Zügen	361
aa) Klassensteuer-Entwurf	362
bb) Einkommensteuer-Entwurf	363
cc) Zeitgenössische Kritik am Gesamtentwurf	366
e) Die Steuerproposition im Vereinigten Landtag	367
aa) Die Plenumsdiskussion	368
bb) Das Abstimmungsergebnis	372
2. Steuerforderungen und Ergebnisse der Revolution	375
a) Allgemeine Steuerforderungen in 1847 und 1848	375
b) Baden: Altbekannte Steuerforderungen und neue Realisationsansätze ...	379
c) Steuerproteste und angestrenzte Reformarbeit	383
d) Die Entwicklung der Steuerfrage in Preußen	389
e) Preußische Verfassungsfrage und Steuerverweigerung	394
f) Erneuerte Chance durch neues Wahlrecht: Einkommensteuer für Preußen?	396
g) Die fortdauernde Verlegenheit wegen der preußischen Grundsteuern	398
h) Der begrenzte späte Durchbruch in der preußischen Personalbesteuerung	399
i) Resümee	400

Inhalt	15
VIII. Ergebnisse	402
Glossar	425
Preußisch-badischer Währungsvergleich	430
Literaturverzeichnis	431
Zeitungen	445
Ungedruckte amtliche Quellen	445
Gedruckte amtliche Quellen	445
Anhang	448

Verzeichnis der Tabellen, Schaubilder, Landkarten

Tabellen

Tabelle 1:	Preußen und Baden: Staatseinnahmen (1821 – 1850)	77
Tabelle 2:	Preußen / Steuererträge (1848) – Baden / Steuererträge (1845)	78
Tabelle 3:	Preußen: Aufkommen der direkten und indirekten Steuer (1848)	119
Tabelle 4:	Preußen: Verhältnis des steuerfreien Grund und Bodens zur Gesamtfläche der Provinzen	127
Tabelle 5:	Preußen: Interprovinzielle Ungleichheit der Grundabgaben-Belastung	129
Tabelle 6:	Preußen: Klassensteuer-Jahresbelastung pro Haushalt bzw. Person (1821)	141
Tabelle 7:	Preußen: Provinzielle Klassensteuerleistungen (1829)	144
Tabelle 8:	Preußen: Entwicklung von klassensteuerpflichtiger Bevölkerung und Klassensteueraufkommen (1822 – 1848)	145
Tabelle 9:	Preußen: Anteilige Leistungen der vier Steuerklassen zur Klassensteuer (1821 – 1848)	147
Tabelle 10:	Preußen: Brutto-Aufkommen der Mahl- und Schlachtsteuer (1833 – 1846)	158
Tabelle 11	Preußen: Provinzielles Gewerbesteuer-Aufkommen (1828)	178
Tabelle 12:	Preußen: Stadt / Land-Verteilung des Gewerbesteuer-Aufkommens (1847)	181
Tabelle 13:	Baden: Aufkommen der direkten und indirekten Steuern (1845)	185
Tabelle 14:	Baden: Einzelerträge direkter und indirekter Steuern aus verschiedenen Jahren	186
Tabelle 15:	Baden: Gesamtsteuerlast der Landwirtschaft	194
Tabelle 16:	Baden: Steuertarife der Verdienstkaptalklassen	202
Tabelle 17	Baden: Steuertarife der Betriebskapitalklassen	205

	Verzeichnis der Tabellen, Schaubilder, Landkarten	17
Tabelle 18:	Baden: Gewerbesteuer-Aufkommen (1820; 1846/48)	214
Tabelle 19:	Baden: Tarifklassen der Klassensteuer	219
Tabelle 20:	Baden: Revision des Klassensteuerkapitals (1837)	222
Tabelle 21:	Baden: Klassensteuer-Aufkommensverteilung nach Steuerklassen (1845)	225
Tabelle 22:	Preußischer Vereinigter Landtag (1847): Abstimmungsspiegel zur Ein- führung einer Einkommensteuer	373

Schaubilder

Schaubild 1:	Badischer Finanz- und Steuerbehördenaufbau im Vormärz	72
Schaubild 2:	Preußischer Finanz- und Steuerbehördenaufbau im Vormärz	73
Schaubild 3:	Das System der preußischen Gewerbesteuer	174
Schaubild 4:	Das System der badischen Gewerbesteuer	207
Schaubild 5:	Preußische/Badische Kommunalverfassungen im Vergleich	283–287

Landkarten

Preußen nach 1815	46
Baden 1848	48

Abkürzungen

a. a. O.	am angegebenen Ort
abgedr.	abgedruckt
Abg.	Abgeordneter
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
akt. / pass.	aktiv / passiv
ALR	Allgemeines Landrecht
Art.	Artikel
BadGewStO	Badische Gewerbesteuerordnung
BAD LT KA / KH	Badische Landtagskammer der Abgeordneten / der Herren
Bd.	Band
Beil.	Beilagenband
betr.	betreffend
BGO	Badische Gemeindeordnung
Dekl.	Deklaration
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
d.J.	des Jahres
Dok. / Dokument.	Dokumentation
E.	Einwohner
ebd.	ebenda
entspr.	entsprechend
FBPG	Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
fl.	Gulden
GLA	Generallandesarchiv (Karlsruhe)
GS	(Preußische) Gesetzsammlung
H.	Heft
Hdb.	Handbuch
Hg. / hg. / hrsg.	Herausgeber / herausgegeben von
KO / CO	Kabinettsordre
komm.	kommunal
kr.	Kreuzer
lt.	laut
Mio.	Million(en)
ND	Neudruck

p.a	per anno.
pass.	passim
Pf.	Pfennig
Pfd.	Pfund
Prot.	Protokollband
Reg.Bl.	(Badisches) Regierungsblatt
Rev.StO	(Preußische) Revidierte Städteordnung
Sgr.	Silbergroschen
Sitzg.	Sitzung
StA	Staatsarchiv
StÄ	Städtisches Archiv
Tit.	Titel
Tlr. / Thlr.	Taler
VO	Verordnung
Vol.	Volume / Band
zit.	zitiert

I. Einblick und Überblick

1. Untersuchungsgegenstände, historischer Rahmen, Fragestellungen und Vorgehensweise

Entwurf und Entwicklung öffentlicher Finanzbedarfdeckungssysteme, schlichter formuliert, Abgabensysteme, vollziehen sich in enger Bindung an die bestimmenden politischen und sozioökonomischen Kräfte und Strömungen in einem Land, in einer Epoche.

Wir wissen dies gleicherweise von den an- und abschwellenden Steuerdebatten der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit innerhalb der westlichen Industriestaaten wie von historischen Untersuchungen etwa zur absolutistischen Ära in Europa, als beispielsweise die Ausformung der Steuerverfassung eines Landes mit der Ausformung zentralstaatlicher Gewalt dicht zusammenhängt.

a) Untersuchungszeitraum

Der Vormärz, dieser Zeitabschnitt zwischen Wiener Kongreß (1815) und Märzrevolution (1848), ist für den deutschen Bereich gekennzeichnet durch die Vielzahl von Einzelstaaten, die im Rahmen des Deutschen Bundes nur locker verbunden waren, durch äußeren Frieden und gewaltsam erzwungene innere Ruhe, durch Knebelung nationaler und liberaler Bewegungen mit Hilfe von Bundesbeschlüssen, durch Nachwirkungen aus der Reformphase zu Anfang des Jahrhunderts, durch einsetzende Industrialisierung und ein sich seit etwa 1830 besonders verbreitendes Massenelend.

b) Untersuchungsgegenstände

Die Untersuchungsgegenstände dieser Arbeit sind die vormärzlichen Staatssteuersysteme Preußens und Badens – nicht individuelle Steuerleistungen preussischer und badischer Staatsbürger.

Diese beiden Staatssteuersysteme mit ihren direkten und indirekten Steuern und auch den korrelierenden Kommunalabgaben werden, so gut es Quellen- und Literaturlage gestatten, systematisch und empirisch, nach den ihnen zugrundeliegenden Theorien und den praktischen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen beleuchtet und verglichen. Dabei wird der Genesis dieser Steuersysteme, den leitenden Ideen und deren gelungener oder nicht gelungener Umsetzung Aufmerksamkeit gewidmet.

Unberücksichtigt bleiben in der Untersuchung a) die Liegenschafts-, Schenkungs- und Erbschaftsakzisen beider Staaten, die nur sporadisch, nämlich bei Besitzwechsel, erhoben wurden, b) die Zölle, die als selbständige Einnahmen gelten, sowie c) die Sporteln und Stempel, die nicht Steuern im engeren Sinne, vielmehr (Geschäfts-) Gebühren waren, welche für Verwaltungshandlungen der Gerichts-, auch Rechtspolizeibehörden, erhoben wurden.

c) Wahl der Vergleichsstaaten

Die Welt des Ancien Régime, seit der Französischen Revolution von 1789 durch und durch erschüttert, war unter den neuen und revolutionären politischen Machtbedingungen der Herrschaft Napoleons zusammengebrochen. In Preußen und in den Rheinbundstaaten, zu denen das neue Großherzogtum Baden bis 1813 gehörte, war die napoleonische Ära zugleich eine Periode großer innerstaatlicher Reformen. Gegen die aus Frankreich hereinströmenden Leitvorstellungen einer auf Freiheit und Gleichheit sich gründenden Staatsbürgergesellschaft konnte, so meinten badische und preußische Reformer, nicht mehr nach den Maßstäben selbst eines aufgeklärten Absolutismus anregiert, noch an den ständegesellschaftlichen Normen festgehalten werden. In den großen Reformen wurden in Preußen und Baden die Grundlagen moderner Staatlichkeit und Gesellschaft gelegt. Baden stand in seinen Rheinbundjahren als Satellitenstaat Frankreichs unter dessen besonderem Reformdruck und hatte zugleich die Aufgabe zu bewältigen, bei enormem Gebietszuwachs einen behauptungsfähigen Staatsverband herzustellen. Ebenfalls noch in der Rheinbundzeit bildete sich in der badischen Bevölkerung eine Verfassungsbewegung. Diese Bewegung, entsprechende Pläne der Regierung und außenpolitischer Druck, schufen die Voraussetzung dafür, daß das Großherzogtum 1818 schließlich eine Konstitution erhielt. Obwohl kleinster der sogenannten Mittelstaaten im Deutschen Bund, ‚engbrüstig auf der Landkarte und in den Lebensverhältnissen‘, erlangte das Großherzogtum Baden als frühkonstitutioneller Staat im politischen Leben Deutschlands im Vormärz eine weit über seine reale machtpolitische Stellung hinausgehende Bedeutung.¹

Auf Preußen kam, nach einschneidenden Gebietsverlusten des Tilsiter Friedens, die Herausforderung administrativer und wirtschaftlicher Integration neuer Territorien erst nach dem Wiener Kongreß zu. Obgleich sich die Reformen in Preußen wie kaum sonst bündelten und durchsetzten, gelangte die konstitutionelle Bewegung dort im Gegensatz zu Baden nur partiell und spät zum Zuge. In beiden Staaten stand die Reorganisation des Steuerwesens am Schnittpunkt ihrer Reformen der Staats- und Gesellschaftsverfassung; zudem wurden übereinstimmend in Preußen und Baden vier Schwerpunkte für diese Steuerreformen gesetzt: a) Steuerleichheit aller Bürger, b) steuerliche Vereinheitlichung in umfassendem Sinn,

¹ Vgl. L. Gall, Liberalismus, Vorwort und 1. Kapitel.

c) Vereinfachung des Gesamtsystems und d) vor allem Einnahmensteigerung, die in beiden Staaten aus Gründen der Finanzierung großer Kriegslasten und Reformkosten äußerst dringlich war.

Ausgehend von der gemeinsamen Plattform dieser tiefgreifenden steuerlichen Reorganisation sprachen für die Wahl Preußens und Badens als Vergleichsstaaten einerseits die oben umrissenen ähnlichen allgemeinhistorischen Rahmenbedingungen ihres Starts in die vormärzliche Periode, andererseits gerade auch die Unterschiede zwischen beiden, vor allem die unterschiedlichen Entwicklungswege zur neuen Staatsbürgergesellschaft. Es ist schon erwähnt worden, daß das Großherzogtum im Gegensatz zum nicht-konstitutionalisierten Preußen eine Landesvertretung hatte; Badens politisch-soziales Leben wurde durch sie stark geprägt. In Preußen standen König und Administration unter dem Druck von Verfassungszusagen mit Gesetzeskraft, die nicht eingelöst wurden. Ebenfalls anders als in Baden wurde das frühliberale politische Leben in Preußen mit Hilfe von Beschlüssen des Deutschen Bundes weithin erstickt, obgleich Preußen hinsichtlich seiner Wirtschaftsstrukturen stark auf Liberalität und Modernisierung setzte. Baden war wirtschaftspolitisch eher moderat und schonte lange seine überkommenen Strukturen, denkt man etwa an das Zunft- und Innungswesen.

Die Unterschiede sowohl zwischen Preußens Landesteilen wie auch zwischen Land und Stadt waren ungleich erheblicher als im Großherzogtum. Auch durch seine ungleichgewichtige Sozialstruktur mit großen Gütern im Osten und bedeutenden Städten und Industrie im Westen hob sich Preußen von Baden ab.

Es sind also nicht nur die oben skizzierten Ähnlichkeiten, die die Wahl Preußens und Badens als Vergleichsstaaten interessant machen, es sind ebenso die erheblichen Unterschiede zwischen beiden.

Der Vormärz stellte für beide Staaten eine Zeitspanne der reformerischen Nachwirkungen, der Erprobung und potentiellen Weiterentwicklung ihrer neuen Steuersysteme dar. Für beide, auch für das frühkonstitutionelle Baden, mündete diese Phase in die Revolution, in der Grundlegendes der Staatsbesteuerung neu verhandelt wurde.

d) Fragestellungen

Die Installierung neuer Steuerverfassungen wirft eine Fülle von Fragen auf: Welche Kriterien – in welcher Rangfolge – welche Forderungen legte man den Steuerreformen in den Vergleichsstaaten zugrunde, und wie wurden diese Kriterien gewonnen beziehungsweise woher stammten die Forderungen? Welche alten Abgabentypen wurden hier und dort zugunsten welcher neuen aufgegeben, welche neuen steuerlichen Grundmuster wurden in Preußen und Baden angelegt?

Zu fragen ist nach den Personen(gruppen), die in den Steuerreformen der beiden Länder ihre Interessen verfolgten und bestimmend waren. Wieweit wirkte sich im Großherzogtum die Arbeit einer Landesvertretung aus, das Vorhandensein einer